

Wut alleine bringt uns nicht weiter – wo bleiben die Lösungsvorschläge?

Bevor ich mein Hobby zum Beruf als GaLaBauer gemacht habe, war ich viele Jahre als ausgebildeter Landwirt, zuletzt als Verwalter eines landwirtschaftlichen Betriebes in Düsseldorf tätig und habe zahlreiche Umbrüche in der Landwirtschaft hautnah miterlebt. Aus diesem Grund liegt es mir sehr am Herzen zu den derzeitigen Bauernprotesten Stellung zu nehmen und die Diskussion auf eine faktenbasierte Grundlage zu stellen.

Es fehlt seit Jahrzehnten an einer mutigen Agrarpolitik, die langfristige Perspektiven und verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Viel zu häufig werden die Entscheidungen vom Erreichen vermeintlich kurzfristiger Erfolge und von Klientelpolitik beeinflusst und abhängig gemacht.

Das Höfesterben und damit die verhängnisvolle Logik von „Wachsen oder Weichen“ begann bereits in den 60er Jahren und ist eine Folge einer immer mehr auf Profitmaximierung angelegten Agrarpolitik, von ständig zunehmender Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, enormem Kostendruck und einer immer schlechter werdenden Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber den übermächtigen großen Handelsketten. Hinzu kommt der politische Unwille sich von flächengebundenen Direktzahlungen zu verabschieden und stattdessen die Förderung von Betrieben zu priorisieren, die sich besonders um Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz und faire Löhne bemühen. Nach wie vor erhalten diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe die meisten Subventionen, die die größten Flächen haben. Große Agrarholdings, hinter denen u.a. Konzerne wie ALDI, Rewe, der Optiker Fielmann und der Möbelhersteller Steinhoff stecken, kassieren über ihre Tochterfirmen jährlich EU-Agrarsubventionen in mehrfacher Millionenhöhe! Selbst RWE, BASF, Bayer und 7 der 10 größten Fleischproduzenten haben Agrarsubventionen erhalten.

Deutschland wird bis 2027 rund 21 Mrd. € an Direktzahlungen an Bäuerinnen und Bauern leisten. Dieses Geld fließt überwiegend in Großbetriebe. Die oberen 10% der Empfänger greifen 50% der Subventionen ab, die unteren 50% teilen sich gerade einmal 7% der ausgeschütteten Summe. Diese Subventionspolitik muss sich grundlegend ändern!

Landwirtschaftliche Flächen sind heute längst zu Spekulationsobjekten geworden, was die Kauf- und Pachtpreise in für kleinbäuerliche Familienbetriebe unerschwingliche Höhen treibt. In Deutschland erhöhten sich allein die Pachtpreise von 2009 bis 2019 um 300%! Gerade die kleinbäuerlichen Betriebe sind es aber, die die gesunde, regionale Ernährung weltweit sichern und, wie internationale Studien zeigen, entscheidend für die Ernährung der Weltbevölkerung sind. Unsere industrielle Landwirtschaft mit ihren Billigexporten trägt in hohem Maße dazu bei, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft insbesondere in den Entwicklungsländern zerstört wird, was z.B. „Misereor“ und „Brot für die Welt“ bestätigen.

Was mich besonders ärgert ist, dass sich der Bauernverband in die vorderste Reihe der Proteste stellt. Das ist an Heuchelei kaum zu überbieten, denn dieser Verband ist hochgradig mit der Agrarindustrie verflochten und war und ist Haupttreiber der „Wachsen oder Weichen“-Politik. Was derzeit absolut fehlt, sind Lösungsvorschläge der protestierenden Bauern und des Bauernverbandes. Warum drängt der Bauernverband die Politik nicht, die Arbeitsergebnisse der Zukunftskommission Landwirtschaft, die er vor Jahren selbst gutgeheißen hat, schnellstmöglich umzusetzen?

Müsste es denn nicht im Interesse aller Landwirte liegen, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder und Enkelkinder auch zukünftig noch einen wertvollen Boden vorfinden, auf dem sie anbauen und ernten können, statt die Humusschicht und die Wasserspeicherfähigkeit, wie es wissenschaftliche Studien zeigen, durch die schweren Maschinen, die Monokulturen, die Überdüngung und den eingesetzten Pestizidcocktail immer mehr zu zerstören? Wäre es nicht von größter Bedeutung sich zu wehren gegen den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut und die damit noch stärkere Abhängigkeit von weltweit agierenden Großkonzernen?

Die Streichung der Subventionen für den Agrardiesel mag langfristig sinnvoll sein, ist aber kurzfristig keine gute Idee. Derzeit fehlen alternative Antriebe für die landwirtschaftlichen Maschinen. Für das Investitionsprogramm Landwirtschaft stehen von 2021 bis 2024 fast 800 Mio. € zur Verfügung. Das macht zumindest etwas Hoffnung, aber nur dann, wenn das gesamte Agrarsystem nicht wie bisher auf Masse ausgerichtet ist, und es nur darum geht möglichst viel und möglichst billig zu produzieren. Das passt absolut nicht zu einer nachhaltigen, tierwohlorientierten, umweltfreundlichen Landwirtschaft mit fairem Einkommen für alle Menschen, die auf landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten und leben. Die Landwirtschaft ist weitgehend wehrlos gegen die Macht der großen Handels- und Agrarkonzerne. Dabei gibt Artikel 148 der Gemeinsamen Marktorganisation der EU der Bundesregierung die Möglichkeit, eine gesetzliche Vertragsgestaltung vor Lieferung zwischen der abnehmenden Hand und den Bauern verpflichtend einzuführen und die Genossenschaften einzubeziehen. Es wäre eine wirklich gute und nachhaltige Lösung für alle Landwirte und Verbraucher, wenn die Politik die Millionen sinnvoll in eine sozial-ökologische Transformation der Landwirtschaft auf demokratische Weise investiert.

Die Einführung einer Tierwohlabgabe gemäß den Vorschlägen der Borchert-Kommission würde es ermöglichen den umwelt- und artgerechten Umbau der Tierhaltung endlich angemessen zu finanzieren und die dafür aus Steuergeldern in den Haushalt eingestellten rund 1 Mrd. € im Bundeshaushalt einzusparen. Man könnte auch die Subventionen für Agrardiesel deckeln bis zu einer Obergrenze von z.B. 8000 l Dieserverbrauch und die Höhe der Junglandwirteförderung von der Betriebsgröße abkoppeln.

Aus meiner Sicht wären zusätzlich die Streichung der Förderung des Flugbenzins sowie das Überdenken anderer Subventionen, z.B. die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs, weitere wichtige Maßnahmen für die Stabilisierung des Staatshaushaltes.

„Wir erben die Welt nicht von unseren Vätern, wir leihen sie von unseren Kindern“. Wenn sowohl die Landwirte als auch die Verbraucher und unsere Politiker diese indianische Weisheit verinnerlichen würden, müssten wir uns keine Sorgen mehr um eine enkeltaugliche Zukunft und den Zustand unseres Planeten machen. Lassen Sie uns in diesem Sinne zuversichtlich bleiben, unsere wertvolle Demokratie mit aller Macht verteidigen und gemeinsam dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft wertvolle Lebensmittel von verantwortungsvoll arbeitenden Landwirten erhalten, die unseren Respekt und unsere Wertschätzung verdienen.

Gregor Rohlmann, Lüdenscheid